

Hoffmann“ leistete der Angeklagte eigenhändig. Mit diesem verfälschten Ausweis kaufte der Angeklagte am Sonnabend, dem 11. September, in Pankow ein Fernglas 8X30, das er dem Schieber Hermann ebenfalls überbrachte. Ein weiteres Fernglas zum Preise von 372 DM kaufte er in der Schönhauser Allee. Den verfälschten Personalausweis vernichtete der Angeklagte am Rosentaler Platz. Dieser Sachverhalt beruht auf den glaubhaften Einlassungen des Angeklagten und den Beweismitteln Bl. 2b, 21 und 23 der Akten.

Danach steht fest, daß der Angeklagte den Tatbestand des § 1 Abs. 1 Ziff 3 WStVO und durch eine weitere selbständige Handlung den der Urkundenfälschung nach § 267 StGB erfüllt hat. Optische Erzeugnisse der Deutschen Demokratischen Republik sind hochwertige Erzeugnisse, die Weltruf genießen. Die in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor Berlins zum Verkauf gelangenden Optiken dienen der Befriedigung des Bedarfs unserer Bevölkerung. Der Angeklagte hat in der Zeit vom 6. bis 12. September 1954 zwölf optische Geräte im Gesamtwert von rund 3000 DM für fremden Bedarf aufgekauft und entgegen dem ordnungsmäßigen Bedarfsablauf beiseite geschafft. Diese Handlungen des Angeklagten, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, in gleicher Art und Weise durchgeführt, richteten sich gegen das gleiche geschützte Objekt: die Durchführung der Wirtschaftsplanung. Das Bestreben des Angeklagten hierbei war stets das gleiche, nämlich mühelos und schnell zum Schaden der Deutschen Demokratischen Republik Vorteil zu erzielen. Die Gefährdung der Durchführung der Wirtschaftsplanung besteht darin, daß durch das im Fortsetzungszusammenhang begangene Beiseiteschaffen von solchen hochwertigen Industrieerzeugnissen die Befriedigung der Bedürfnisse unserer Bevölkerung und unser Export behindert werden ...

Die Gesellschaftsgefährlichkeit der Handlungsweise des Angeklagten ist recht erheblich. Sein bisheriges Leben zeigt, daß auch Strafen ihn nicht davon abhielten, seinen Lebensunterhalt zu Lasten anderer auf bequeme Art und Weise, gleich mit welchen Mitteln, zu bestreiten. Er hat als Handlanger des von den amerikanischen Wirtschaftshyänen und Kriegstreibern gegen die Deutsche Demokratische Republik inszenierten Wirtschaftskrieges mitgeholfen, diese Kriegsziele zu verwirklichen und hat deshalb keine Nachsicht zu erwarten ...

## Zeitschriften

Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst Nr. 22: P. P. Pjatnicki: Die Vertragsverhältnisse der MTS mit den Kolchosen in der neuen Etappe; Z. W. Bozjan: Kontraktverträge für landwirtschaftliche Erzeugnisse der Kolchosen; B. A. Liskowez: Der Vertrag über den staatlichen Einkauf; Nr. 23: W. M. Tschikwade: Zu einigen Fragen des sowjetischen Strafrechts im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Entwurfs eines Strafgesetzbuches der UdSSR; T. Cyprian, I. Andrejew, J. Lipczynski und W. Swida: Der Schutz des gesellschaftlichen Eigentums im Lichte der Verfassung der Volksrepublik Polen.

Mitteilungsblatt der Vereinigung Demokratischer Juristen Nr. 6: Dr. B. Graefrath: Die Tagung der Weltföderation der UN-Gesellschaften in Genf; Dr. W. Artzt: Über die Form der Zusammenarbeit zwischen der VDJD und der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse; Offener Brief westdeutscher Juristen (Zum Verbotssproß gegen die KPD); RA. Shields, London: Aus der Arbeit der Haldane-Society.

Der Schöffe Nr. 7: W. Krutzsch: Lehren aus dem Prozeß gegen die Gehlen-Organisation; K. Hintze: Stellung und Aufgaben des Obersten Gerichts; Reichmann: Freunde aus Westdeutschland als Gäste beim Kreisgericht StalinStadt; Dr. Koch: Die Erstattung für Verdienstaufschlag und Auslagen der Schöffen; A. Baudiß: Kann einem Schöffen die Vierteljahresprämie im Betrieb um die Zeit seiner Tätigkeit bei Gericht anteilig ge-

kürzt werden?; / E. Liebe: Hinweise zur Verhandlungsführung. Neue Welt Nr. 22: A. Deborin: Die Mitteleuropa-Idee in der Propaganda der deutschen Imperialisten.

Neue Zeit Nr. 43: O. Nakropin: Der demokratische Staat des deutschen Volkes; Nr. 44: L. Sedin: Das Aggressionsbanner „Antikommunismus“; N. Sudarikow: Eine Verfassung des Friedens, des Fortschritts und der Demokratie (Die Verfassung der Chinesischen Volksrepublik); M. Gus: Kontrollabmachung über deutschen Militarismus: ein Illusionsakt; Nr. 45: A. Kurow: Alte Gefahr in neuem Gewand (Zu den Londoner und Pariser Verträgen); Nr. 47: J. Korowin: Die „Westeuropäische Union“, eine Gefahr für den Frieden in Europa; Nr. 48: O. Nakropin: Westdeutschlands Öffentlichkeit im Kampf gegen die Pariser Abmachung.

Demokratischer Aufbau Nr. 12: Klösel: In der Beschwerdebearbeitung darf es keine Kampagnen geben; K. Rückert, H. Henke: Arbeiter und werktätige Bauern als Bürgermeister gewinnen!; Zum Musterstatut der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften; H. Hirsch: Über die Notwendigkeit von Änderungen des Personenstandsgesetzes; E. Nessel: Gleichberechtigung der Frau im Staatsangehörigkeitsrecht.

Die Volkspolizei Nr. 21: W. Triebei: Die Begriffe „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ einmal näher betrachtet; B. Gertig: Macht Schluß mit der formalen Einleitung eines Ermittlungsverfahrens; K. Baranowski: Wann übernimmt die Untersuchungsabteilung das Ermittlungsverfahren?; Prüfung eines Sachverhaltes nur nach den Elementen des Verbrechens möglich; W. Schulz: Nochmals zum Thema: Körperverletzung oder tätliche Beleidigung; Sind VP-Angehörige unbeteiligt Personen im Sinne des §136 StPO?; Nr. 22: Albrecht: Nicht im Amtszimmer, sondern unter der Bevölkerung (Sprechstunden werden Ausspracheabende); H. Krüger: Dürfen Kraftfahrer Alkohol trinken?; A. P.: Über polizeiliche Verfügungen; E. Hüwel: Polizeiliche Zwangsmittel richtig anwenden; H. Sorge: Kann eine Haushaltsbeziehung erzwungen werden?; F. Hillner, R. Schädlich: Verbrecherische Tätigkeit auf dem Lande energischer bekämpfen; H. Krüger: Alter Nazi als Saboteur entlarvt; K. Wittiger: Saatgutverfälschung durch biologische Untersuchung aufgeklärt; Nr. 23: F. Hillner: Schützt unseren Außen- und innerdeutschen Handel; G. Zenner: Illegale Einfuhr von Feingold; L. Wulff: Die wichtigsten Rechtsgrundlagen innerdeutschen Handels; Gerichtsentscheidungen.

Arbeit und Sozialfürsorge Nr. 22: Konfliktkommission kritisiert schlechte Gewerkschaftsarbeit; Dr. Th. Kunz: Das Beweisverfahren vor den Beschwerdekommissionen der SV (Schluß); F. Spangenberg: Aus der Tätigkeit der Schiedsstelle zur Regelung von Streitigkeiten aus Einzelverträgen; Nr. 23: R. Zimmermann: Ein bemerkenswertes Urteil des Staatlichen Vertragsgerichts; F. Spangenberg: Aus der Tätigkeit der Schiedsstelle zur Regelung von Streitigkeiten aus Einzelverträgen (Schluß); G. Gerstenberg: Wer finanziert die vom Bundestag beschlossenen Gesetze über die Zahlung von Kinderbeihilfen und über die Erhöhung der Altrenten?; E. Knabe: Das Recht auf Arbeit für die Schwerbeschädigten in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland; Nr. 24: H. Tauscher: Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Veräumnis der Einspruchsfrist nach § 12 der Verordnung über Kündigungsrecht.

Die Wirtschaft Nr. 46: G. Walter, Justitiar: Haftung bei Transportschäden; Nr. 50: J. Helmsen: Politische Hintergründe des „Miteigentums“ (Die Gewerkschaften sollen ausgeschaltet und die Werktätigen für die Kriegspolitik gewonnen werden).

Deutsche Finanzwirtschaft Nr. 22: Einsprüche volkseigener Betriebe gegen Revisionsfeststellungen der Organe der Finanzrevision; Nr. 23: Dr. Gott, Dr. Riedel: Gemeinkostenenkung durch Reorganisation und Mechanisierung der Buchführung; Dr. Goll, Dr. Riedel: Gemeinkosten-Kontrolle des gesellschaftlichen Handels; Nr. 24: H. Koziolok: Die Bewegungsstadien des Nationaleinkommens im Sozialismus; Der Hauptbuchhalter — staatliches Kontrollorgan im Betrieb.

Erfindungs- und Vorschlagswesen Nr. 22: H. Erasmus: Die Patentberührung; G. Becker: Kollektivvergütungen auch für nicht kollektiv erarbeitete Verbesserungsvorschläge?; Nr. 23: G. Drogan: Zulässigkeit und Behandlung des Teilverzihts auf ein Patent; Entscheidung der Beschwerdespruchsstelle; Nr. 24: Dr.-Ing. W. Peise: Einige Bemerkungen zu unserer Patentrechtsprechung; p. Lemke: Zweckmäßige Warenzeichenbearbeitung im Betrieb; Entscheidungen der Spruchstelle für Nichtigerklärungen.

**Die Redaktion bittet, bei Einsendung von Beiträgen für die „Neue Justiz“ darauf zu achten, daß die Manuskripte — wenn möglich, in zwei Exemplaren — einseitig und zweizeilig beschrieben und mit ausreichendem Redigerrand versehen sind.**

Herausgeber: Das Ministerium der Justiz, das Oberste Gericht, der Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik. — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Fernsprecher: Sammel-Nr. 67 64 li. Postscheckkonto: 1400 25. Chefredakteur: Hilde Neumann, Berlin NW 7, Clara-Zetkin-Straße 93. Fernspr.: 232 1605, 232 1611 u. 232 1646. — Erscheint monatlich zweimal. — Bezugspreis: Einzelheft 1,20 DM. Vierteljahresabonnement 7,20 DM einschl. Zustellgebühr. In Postzeitungsliste eingetragen. — Bestellungen über die Postämter, den Buchhandel oder beim Verlag. Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. — Anzeigenannahme durch den Verlag. Anzeigenberechnung nach der zur Zeit gültigen Anzeigenpreisliste Nr. 4. — Veröffentlicht unter der Lizenznummer 1001 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: (52) Nationales Druckhaus VOB National, Berlin C 2.